

Gewerkschaftstag wählt neuen Landesvorstand und diskutiert Inklusion

Am 11. März fand ein außerordentlicher Gewerkschaftstag statt, der nach der neuen Satzung den Landesvorstand zu wählen hatte und einige Anträge verabschiedete.

Der neue Landesvorstand

Als Geschäftsführender Landesvorstand und SprecherInnen der Stadtverbände:
Elke Baumann, Werner Begoihn, Harry Eisenach, Christian Gloede-Noweck, Silke Schnepel, Bernd Winkelmann

Vom Gewerkschaftstag als VertreterInnen der Organisationsbereiche und Arbeitsgruppen gewählt:

Ursula Braun-Strömer, Franz Dwertmann, Caren Emmenecker, Ursel Finke, Peer Jaschinski, Hajo Kuckero, Nadine Kühn, Petra Lichtenberg, Hellmut Lutz, Monika Nebgen, Darius Pysch, Christine Rodewald, Rudolf Siemer, Ferhat Sincar, Manfred Sobich, Hartmut Stinton, Ruth Tschentscher, Inga von Hagen, Herbert Wehe, Yasmina Wöbbekind, Christian Wübben

Mit beratender Stimme: Jürgen Burger (BLZ), Sabine Herold (Landesgeschäftsführerin)

Für eine erfolgreiche Inklusion müssen die Bedingungen stimmen!

Die GEW gehört zu den uneingeschränkten Befürwortern der Inklusion und einer „Schule für Alle“. Aber ihre Realisierung kann nur gelingen, wenn dafür ausreichende Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Sonst geht sie zu Lasten der Lehrkräfte und der Kinder und gerät damit in die Gefahr, diskreditiert zu werden.

Der Gewerkschaftstag der GEW wendet sich gegen die bisher bekannt gegebenen Bedingungen, unter denen im neuen Schuljahr mit der Inklusion in der Sekundarstufe I begonnen werden soll.

Ebenso wie der ZEB Bremen und mehrere Oberschulen, die schriftlich protestiert haben, stellt die GEW fest, dass die derzeitigen Planungen der Bildungsbehörde nicht ausreichend sind. Damit droht die oben beschriebene Gefahr. Die GEW kritisiert die Kurzfristigkeit der behördlichen Planungen und fordert die Bildungssenatorin auf, umgehend folgende Maßnahmen sicher zu stellen:

1. Die Zuweisung einer sonderpädagogischen Lehrkraft im Umfang einer ganzen Stelle pro Schwerpunktklasse zum nächsten Schuljahr.
2. Diese Lehrkraft muss umgehend nach den Osterferien benannt werden, um in die Konzeption und Planung mit einzusteigen.
3. Fortbildung zur Inklusion für alle betroffenen KollegInnen bei entsprechender Entlastung.
4. Eine zusätzliche Klassenlehrerstunde für jede Schwerpunktklasse.
5. Absenkung der Klassenfrequenz der Schwerpunktklasse auf 20 Kinder (16+4).
6. Absicherung von Hospitationen in inklusiven Schulen/Klassen bei entsprechender Entlastung zwischen Oster- und Sommerferien.
7. Sicherstellung einer entsprechenden Lernumgebung.
8. Ggf. Ergänzung der personellen Ausstattung durch Pädagogische MitarbeiterInnen.
9. Schulen, die Förderzentrumskinder nicht in Schwerpunktklassen konzentrieren, müssen entsprechende Bedingungen erhalten.

10. Die Bedingungen der Inklusion in den Grundschulen, die seit 10 Jahren läuft und die noch nie ausreichend evaluiert wurde, müssen entsprechend den Forderungen für die Sekundarstufe I verbessert werden.
11. Keine Kürzungen in den Förderzentren.

Förderkonzept für Kinder mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen

1. Die GEW fordert die Behörde der Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf, das zugesagte Förderkonzept für Kinder mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, aufgeschlüsselt nach inhaltlichen und finanziellen Kriterien, zügig zu erstellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
2. Die GEW setzt sich dafür ein, für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr den verbindlichen und kostenlosen Kindergartenbesuch zu ermöglichen und allen Kindern, die sie nötig haben, durchgängig integrative Sprachförderung zu geben.
3. Die GEW betrachtet es als dringende Aufgabe der Politik, in der Allgemein- und der Berufsausbildung eine dauerhafte Entkoppelung von kulturellem und sozialem Hintergrund und Schulerfolg zu verwirklichen.
4. Die GEW dringt darauf, Interkulturelle Kompetenz zu einem verbindlichen Teil der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen zu machen. Die Behörde soll konkret darstellen, wie das erstellte „Konzept zur Förderung von mehr Migrantinnen und Migranten im Lehramt und im Bereich der sozialen Arbeit“ umgesetzt wird.

Die weiteren Beschlüsse (u.a. zur ErzieherInnenausbildung, zur Rente mit 67 und zum Volksentscheid in Hamburg) sind auf der Homepage der GEW Bremen nachzulesen.

